



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 7. bis 10. März 2011

- Libyen, der Friedensprozess im Nahen Osten und der UN-Menschenrechtsrat...** 4
Die neuesten Entwicklungen in den südlichen Nachbarländern der EU, vor allem in Libyen, sowie der aktuelle Stand des Friedensprozesses im Nahen Osten werden Themen einer Debatte am Mittwoch sein. Die Abgeordneten werden mit Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, diskutieren.
- Parlament stimmt über EU-Aspirationen der Türkei und Montenegros ab...** 5
Mit den Fortschritten beider Länder in den Beitrittsverhandlungen zur EU wird sich das Parlament am Dienstag befassen. In den Berichtsentwürfen zeigen sich die Abgeordneten besorgt über verzögerte Fortschritte bezüglich der Menschenrechtssituation in der Türkei. Sie begrüßen Montenegros offiziellen Status eines Beitrittskandidaten, sind jedoch besorgt über Korruption und organisierte Kriminalität in dem Land.
- EU-Strategie für die Roma: Abgeordnete setzen Prioritäten...** 6
Um die Integration der 10 bis 12 Millionen Roma in Europa zu fördern, sind EU-weite Maßnahmen zur Förderung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration notwendig, so die Abgeordneten. Mit dem zur Abstimmung stehenden Entschließungsentwurf wollen sie die künftige Europäische Strategie der Kommission zur Integration der Roma beeinflussen.
- Stabilitätsmechanismus: Parlament erörtert geplante Vertragsänderungen...** 7
Die Abgeordneten werden über die Ratsvorschläge einer geringfügigen Änderung der EU-Verträge debattieren, um die Einrichtung eines permanenten Stabilitätsmechanismus in der Eurozone zu ermöglichen. Die Plenarabstimmung ist für die Brüssel-Sitzung am 23.-24. März geplant.
- 100 Jahre Frauenrechte: Fehlende Parität von Frauen und Männern immer noch ein Problem...** 8
Am Dienstag, 8. März, jährt sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag. Das Parlament wird anlässlich des Weltfrauentags einen Entschließungsentwurf des Frauenausschusses über den Jahresbericht 2010 zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU zur Abstimmung vorlegen. Ferner steht ein weiterer Resolutionsentwurf über Frauenarmut auf der Tagesordnung des EP.
- Iran: neue Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen?** 10
Im Zentrum künftiger Beziehungen der EU zum Iran sowie eventueller weiterer Sanktionen sollte nicht nur der Atomstreit stehen, sondern auch die Menschenrechtsverletzungen seit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009. Dies fordert ein vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgelegter Entschließungsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird.
- Die Abgeordneten diskutieren Schwerpunkte des Parlamentshaushalts 2012...** 11
Die Abgeordneten werden am Dienstag den Parlamentshaushalt für 2012 erörtern und anschließend einen diesbezüglichen Entschließungsantrag verabschieden. Zu den vorrangigen Anliegen der Abgeordneten zählen erwartungsgemäß die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen legislativen Arbeit und die Verringerung der Umweltbelastungen durch das EP, wobei sich die Erhöhungen innerhalb der Inflationsrate halten sollen.
- Feierliche Sitzung mit Ungarns Präsidenten Pál Schmitt...** 12



Plenartagung

Aus Anlass des ungarischen Ratsvorsitzes wird sich der ungarische Staatspräsident Pál Schmitt am Mittwoch, den 9. März, in einer feierlichen Ansprache an die EU-Abgeordneten wenden.

- Parlament diskutiert wirtschaftspolitische Steuerungsmodelle mit EU-Kommissionspräsidenten**..... 13
- Am Dienstag wird das Parlament mit Kommissionspräsident Barroso über die Ausgestaltung des neuen Modells der wirtschaftspolitischen Steuerung diskutieren. Die Abgeordneten werden voraussichtlich unterstreichen, dass es eines Modells bedarf, das mit vorangegangenen Versuchen bricht, die an mangelnder Eigenverantwortung und fehlerhaften Strukturen, die den Ländern zu viel Verhandlungsspielraum gaben, scheiterten.
- Innovative Finanzinstrumente zur Bewältigung von Finanzkrise und Klimaproblemen** 14
- Das Parlament wird am Montag Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen aus dem Finanzdienstleistungssektor und Abgaben auf CO₂-Emissionen diskutieren. Steuerinstrumente dieser Art könnten auch Spekulation und Umweltverschmutzung eindämmen. Ein diesbezüglicher Entschließungsantrag wird am Dienstag zur Abstimmung gestellt.
- Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung**..... 15
- Eine ökoeffiziente und global wettbewerbsfähige wissensbasierte Industrie könnte Ausgangspunkt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa sein, so ein vom Industrieausschuss vorgelegter Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Donnerstag debattieren und abstimmen wird.
- Wirtschaftskrise könnte gesundheitliche Ungleichheiten vergrößern**..... 16
- Die Abgeordneten warnen davor, dass steigende Arbeitslosigkeit und Haushaltssparmaßnahmen die Ungleichheiten, die es im Gesundheitsbereich in Europa bereits gibt, noch verschärfen könnten. In einem Entschließungsantrag, über das das Parlament am Dienstag abstimmen wird, fordern sie Verbesserungen bei der Überwachung und der Vorbeugung von Krankheiten sowie ein spezielles Augenmerk auf Minderheiten und Bildungsmaßnahmen.
- Sicherung der Versorgung Europas mit Metallen der seltenen Erden**..... 17
- Die Abgeordneten werden die Kommission über die kritische Lage hinsichtlich der Versorgung der europäischen Industrie mit Metallen der seltenen Erden befragen. Diese Metalle sind unter anderem wichtig für Hightech-Anwendungen und der Schlüssel zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien. Derzeit hängt die EU-Industrie völlig von Einfuhren aus China ab, das Exportbeschränkungen angekündigt hat.
- Eine regionale Strategie für den Atlantikraum**..... 18
- Bis spätestens Juni dieses Jahres muss die Kommission eine EU-Strategie für den Atlantik vorlegen, die auf den Erkenntnissen aus der im Oktober 2010 abgeschlossenen öffentlichen Befragung fußt. Vor allem Abgeordnete aus den betroffenen Regionen wollen Auskunft über die Ergebnisse der Konsultation und die weiteren Pläne der Kommission sowie ihre eigenen vorrangigen Anliegen zur Debatte stellen.
- Österreichischer Kandidat für den Rechnungshof**..... 19
- Nach seiner Anhörung durch den Haushaltskontrollausschuss am 3. März ist das Parlament aufgerufen, die Ernennung von Harald Wögerbauer zum Mitglied des Europäischen Rechnungshofs zu bestätigen.
- Weitere Punkte auf der Tagesordnung**..... 20

Plenartagung

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 74651
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74151
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

Pressedienst (Wien) :
Georg PFEIFER

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06
STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Libyen, der Friedensprozess im Nahen Osten und der UN-Menschenrechtsrat

Die neuesten Entwicklungen in den südlichen Nachbarländern der EU, vor allem in Libyen, sowie der aktuelle Stand des Friedensprozesses im Nahen Osten werden Themen einer Debatte am Mittwoch sein. Die Abgeordneten werden mit Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, diskutieren.

Im Vorfeld der Sondertagung des Europäischen Rates am Freitag, 11. März, werden die EU-Abgeordneten über die Reaktion der EU auf die sich rasch ändernde Situation in Libyen debattieren und mögliche weitere Sanktionen, humanitäre Hilfe, Unterstützung zur Stärkung der Menschenrechte und des demokratischen Prozesses sowie Wirtschaftshilfe für die nordafrikanische Region erörtern.

Tagung des UN Menschenrechtsrats in Genf

Die jüngste Entscheidung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (192 Staaten) Libyen "im Konsens" aus dem UN-Menschenrechtsrat, der momentan in Genf seine 16. Sitzung abhält, auszuschließen, wird von den Abgeordneten diskutiert werden. Heidi Hautala (GRÜNE/EFA, Finnland), Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte, Laima Liucija Andrikienė (EVP, Litauen), stellvertretende Vorsitzende, und Jörg Leichtfried (S & D, Österreich) werden die Arbeiten beobachten und das Parlament vom 16. bis zum 18. März in Genf vertreten.

Im Hinblick auf die anderen Punkte der Tagesordnung der Genfer Tagung hat das Parlament folgende Prioritäten: die Lage der Menschenrechte in Nordkorea und in Burma/Myanmar, die Freiheit von Religion oder Weltanschauung, Rechte von Lesben, Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender-Personen und die Notwendigkeit von Reformen im Menschenrechtsrat.

Friedensprozess im Nahen Osten

Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, hatte den Vorsitz bei der jüngsten Sitzung des Nahost-Quartetts (EU, USA, Russland, UNO) inne. In den Schlussfolgerungen der Sitzung vom 5. Februar wurde bekräftigt, dass die derzeitige Aussetzung der Verhandlungen die Aussichten auf Frieden und Sicherheit schmälern. Das Quartett verurteilte den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen und bedauerte das Ende des israelischen Moratorium zum Siedlungsbau.

Nach den Debatten am Mittwoch wird das Parlament am Donnerstag über zwei Entschließungsanträge zur Lage in Libyen und zum UN-Menschenrechtsrat abstimmen.

Eine Pressekonferenz für Mittwoch, 9. März, um 12:30 Uhr ist geplant.

Debatte: Mittwoch, 9. März 2011

Abstimmung: Donnerstag, 10. März 2011

Verfahren: Stellungnahme der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit anschließender Debatte und Entschlüsseungen.

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung auf der Webseite von Präsident Buzek vom 28.02.2011 \(EN\)](#)
- [Entschließung vom 25. Februar 2010 \(aus Anlass der 13. Sitzung des UN Menschenrechtsrats\)](#)
- [16. Tagung des Menschenrechtsrats in Genf 28. Februar - 25. März 2011](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz](#)

Plenartagung

Parlament stimmt über EU-Aspirationen der Türkei und Montenegros ab

Mit den Fortschritten beider Länder in den Beitrittsverhandlungen zur EU wird sich das Parlament am Dienstag befassen. In den Berichtsentwürfen zeigen sich die Abgeordneten besorgt über verzögerte Fortschritte bezüglich der Menschenrechtslage in der Türkei. Sie begrüßen Montenegros offiziellen Status eines Beitrittskandidaten, sind jedoch besorgt über Korruption und organisierte Kriminalität in dem Land.

Die Hauptfaktoren, die den Fortschritt der Türkei bei den EU-Beitrittsverhandlungen verlangsamen, sind die Türkei-Zypern Frage, der mangelhafte Dialog zwischen den politischen Parteien in der Türkei sowie die Aushöhlung der Pressefreiheit und anderer Grundrechte. Zu diesem Schluss kommen die Abgeordneten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht, über den das Parlament abstimmen wird. Als Ergebnis eines komplexen politischen Kompromisses verzichten sie in ihrem Entwurfstext auf die Erwähnung des Zieles einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Stattdessen haben sie sich darauf geeinigt, die Beitrittsverhandlungen als "langen Prozess mit offenem Ende" zu bezeichnen.

Im Fall Montenegros stimmen die Abgeordneten der Entscheidung der europäischen Regierungen zu, dem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren und damit den Beginn offizieller Verhandlungen zu ermöglichen. Die Abgeordneten streben einen Beginn der Beitrittsverhandlungen nach Veröffentlichung des jährlichen Fortschrittsberichtes der Kommission im Jahr 2011 an. Gleichzeitig äußern sie ihre Besorgnis insbesondere über die hohe Korruption, organisiertes Verbrechen, Diskriminierungen und Einschränkungen der Pressefreiheit in Montenegro.

Debatte: Dienstag, 8. März 2011

Aussprache: Mittwoch, 9. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschlüsse

Weitere Informationen:

- [Entschließungsentwurf zum 2010 Fortschrittsbericht der Türkei](#)
- [Pressemitteilung des Auswärtigen Ausschusses vom 11.02.2011](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Ria OOMEN-RUIJTEN \(EVP, NL\)](#)
- [Entschließungsentwurf zum europäischen Integrationsprozess Montenegros](#)
- [Pressemitteilung des Auswärtigen Ausschusses vom 10.02.2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Charles TANNOCK \(EKR, UK\)](#)

Plenartagung

EU-Strategie für die Roma: Abgeordnete setzen Prioritäten

Um die Integration der 10 bis 12 Millionen Roma in Europa zu fördern, sind EU-weite Maßnahmen zur Förderung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration notwendig, so die Abgeordneten. Mit dem zur Abstimmung stehenden Entschließungsentwurf wollen sie die künftige Europäische Strategie der Kommission zur Integration der Roma beeinflussen.

Zu den Prioritäten der Abgeordneten gehören der gleichberechtigte Zugang der Roma zu Beschäftigung, Bildung und Wohnqualität, der Schutz der Grundrechte und eine bessere Nutzung der EU-Finanzierung, heißt es in dem vom Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten angenommenen Entschließungsentwurf von Lívía Járóka (EVP, Ungarn).

Ein erheblicher Anteil der Roma-Bevölkerung in Europa wird ausgegrenzt und lebt unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten. Auf EU-Ebene gibt es politische und finanzielle Instrumente, um die Integration der Roma zu unterstützen. Diese könnten jedoch effizienter eingesetzt werden, etwa durch verbindliche Mindeststandards und einer verstärkten Überwachung auf europäischer Ebene, so die Abgeordneten.

Besserer Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Beschäftigung und Wohnen, der Schutz der Grundrechte, Kampf gegen Diskriminierung auf allen Ebenen und eine strengere Überprüfung der EU-Finanzierung zählen zu den vorrangigen Anliegen der Abgeordneten. Es bedarf auch einer größeren Anstrengung von lokalen, nationalen und EU-Behörden, um die Roma-Bevölkerung zu integrieren. Die Kommission sollte für diese Prioritäten einen Fahrplan mit verbindlichen Mindeststandards auf EU-Ebene vorlegen und es sollte Sanktionen bei Nichteinhaltung der neuen Ziele durch die Mitgliedstaaten geben, fordern die Abgeordneten.

Die Kommission wird ihren Vorschlag einer EU-Strategie zur Integration der Roma voraussichtlich im April präsentieren und der Europäische Rat die Strategie in seiner Sitzung am 24. Juni verabschieden. Die Integration der Roma ist eine der Prioritäten der ungarischen Präsidentschaft.

Eine Pressekonferenz des Berichterstatters ist für Mittwoch, 9. März, um 13:30 Uhr geplant.

Debatte: Dienstag, 8. März 2011

Abstimmung: Mittwoch, 9. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entschließungsentwurf zur EU-Strategie zur Integration der Roma](#)
- [Pressemitteilung des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten vom 14.02.2011](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Lívía JÁRÓKA \(EVP, HU\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Interview with rapporteur Lívía JÁRÓKA \(EN/FR\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

Plenartagung

Stabilitätsmechanismus: Parlament erörtert geplante Vertragsänderungen

Die Abgeordneten werden über die Ratsvorschläge einer geringfügigen Änderung der EU-Verträge debattieren, um die Einrichtung eines permanenten Stabilitätsmechanismus in der Eurozone zu ermöglichen. Die Plenarabstimmung ist für die Brüssel-Sitzung am 23.-24. März geplant.

Die EU-Mitgliedstaaten haben bei ihrem Gipfeltreffen am 16. und 17. Dezember 2010 eine beschränkte Vertragsänderung beschlossen, um die Stabilität in der Eurozone mittels eines permanenten Krisenmechanismus zu sichern. Zur "Revision des Artikels 136" des Vertrags muss die Meinung von Parlament, Kommission und der Europäischen Zentralbank eingeholt werden.

Der Ausschuss für Verfassungsfragen des EP wird am Montag, den 7. März, über einen diesbezüglichen Berichtsentwurf abstimmen, damit die Stellungnahme des Parlaments noch vor dem EU-Gipfeltreffen vom 24. und 25. März verabschiedet werden kann. Beim Gipfeltreffen planen die EU-Mitgliedstaaten die Vertragsänderungen formal anzunehmen. Danach müssen sie von den 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Bei Einhaltung des vorgeschlagenen Zeitplans soll der permanente Stabilitätsmechanismus am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Debatte: Mittwoch, 9. März 2011

Abstimmung: 23.-24. März 2011

Verfahren: Konsultation

Weitere Informationen:

- [Persönliche Daten des Berichterstatters Elmar BROK \(EVP, DE\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Roberto GUALTIERI \(S&D, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

100 Jahre Frauenrechte: Fehlende Parität von Frauen und Männern immer noch ein Problem

Am Dienstag, 8. März, jährt sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag. Das Parlament wird anlässlich des Weltfrauentags einen Entschließungsentwurf des Frauenausschusses über den Jahresbericht 2010 zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU zur Abstimmung vorlegen. Ferner steht ein weiterer Resolutionsentwurf über Frauenarmut auf der Tagesordnung des EP.

Gegen 11:30 werden EP-Präsident Jerzy Buzek, Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und Enikő Győri von der ungarischen Ratspräsidentschaft das Wort dazu ergreifen. Anschließend werden sich die Vorsitzende des Frauenausschusses und je ein Fraktionsredner äußern.

Es sollte in alle gemeinsamen EU-Politiken eine geschlechterspezifische Perspektive eingebracht werden, sagen die EP-Abgeordneten. Ferner argumentieren sie, dass sich das BIP um 30 % steigern ließe, wenn die Beschäftigungs- und Teilzeitbeschäftigungsquote sowie die Produktivität der Frauen auf dem gleichen Niveau lägen wie die der Männer.

Ungleichheit bekämpfen

Wichtige Punkte im von Mariya Nedelcheva (EVP, Bulgarien) verfassten Entschließungsentwurf, der den Jahresbericht 2010 über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU, beigefügt wird, sind die Notwendigkeit, geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern, mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bekommen und die Beschäftigungsquote der Frauen anzuheben. Zudem wird die Notwendigkeit besserer Kinderbetreuungsmöglichkeiten und eines verbesserten Elternurlaub hervorgehoben.

Nur 3 % der großen Unternehmen haben eine Frau an der Spitze ihrer höchsten Entscheidungsgremien. Daher sollten die Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen, wie Quotenregelungen, ergreifen, die eine bessere Vertretung der Frauen in den großen börsennotierten Unternehmen und in den Verwaltungsräten der Unternehmen im Allgemeinen und der Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Besonderen gewährleisten. Hierbei verweisen die EU-Abgeordneten als positives Beispiel auf Norwegen, dem Spanien und Frankreich bereits gefolgt sind.

Die Europaparlamentarier fordern verbindliche Vorgaben zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern. Des Weiteren müssen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, so die Abgeordneten.

Armut beseitigen

Im Jahr 2008 lebten fast 85 Millionen Europäer unterhalb der Armutsgrenze. Von Armut betroffen waren zudem 17 % aller Frauen in der EU wurden. Die Abgeordneten sprechen dafür aus, dass die Mitgliedstaaten eine geschlechtsspezifische Dimension in ihren Konjunkturprogrammen berücksichtigen, so in dem von Rovana Plumb (S&D, Rumänien) verfassten Entschließungsentwurf.

Die makroökonomische Politik sowie die Sozial- und Arbeitspolitik sollte überprüft werden, um wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für Frauen sicherzustellen sowie Strategien ausgearbeitet werden, durch die unter anderem auch Mindesteinkommen garantiert wird.

Pressekonferenz

Schließlich findet um 12 Uhr eine Pressekonferenz mit dem EP-Präsidenten, Jerzy Buzek, EU-Kommissarin Viviane Reding und der Frauenausschuss-Vorsitzenden, Eva-Britt Svensson (VEL/NGL, Schweden) im Pressesaal statt.

Workshop für Journalisten

Plenartagung

Journalisten sind zu einem Workshop mit Abgeordneten und externen Sachverständigen eingeladen. Die Teilnehmer werden sich in diesem Workshop über Vorbildmodelle zur Erhöhung der Anzahl von Frauen in Führungspositionen, z. B. durch Quoten, austauschen. Ferner sollen eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten und ein Ausblick auf zukünftige Schritte erfolgen. Die Veranstaltung findet am Dienstag, 8. März, ab 14:00 Uhr im Raum WIC 200, in Straßburg statt.

Debatte: Dienstag, 8. März 2011

Abstimmung:

Dienstag, 8. März 2011 - Bericht über den Jahresbericht 2010 zur Gleichstellung der Geschlechter

Mittwoch, 9. März 2011 - Bericht über Frauenarmut

Verfahren: Nicht-legislative Entschlüsseungen

Weitere Informationen:

- [Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union – 2010](#)
- [Bericht über Frauenarmut in der Europäischen Union](#)
- [Pressemitteilung des Frauenausschusses vom 27.01.2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstellerin Mariya NEDELICHEVA \(EVP, BG\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstellerin Rovana PLUMB \(S&D, RO\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Iran: neue Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen?

Im Zentrum künftiger Beziehungen der EU zum Iran sowie eventueller weiterer Sanktionen sollte nicht nur der Atomstreit stehen, sondern auch die Menschenrechtsverletzungen seit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009. Dies fordert ein vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgelegter Entschließungsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird.

Das Parlament verurteilt des Weiteren die Hinrichtung von Zarah Bahrami, einer gebürtigen Iranerin mit niederländischer Staatsangehörigkeit, aufs Schärfste.

Die Abgeordneten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind der Auffassung, dass die EU in ihrer Iranpolitik nun eine neue, breiter angelegte Strategie entwickeln sollte, die über die Frage der Nuklearwaffen hinausgehen und auch die Menschenrechtsbilanz des Iran sowie dessen Rolle in der Golfregion einbeziehen sollte. Sollte das Parlament am Donnerstag den Berichtstext verabschieden, sind die EU-Außenminister gefordert, Sanktionen gegen iranische Regierungsbeamte zu verhängen, die für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 verantwortlich sind. Die Sanktionen entsprechen ähnlichen Maßnahmen der USA gegen den Iran vom September 2010.

Die Abgeordneten des Ausschusses verurteilen des Weiteren aufs Schärfste die Hinrichtung von Zarah Bahrami, einer gebürtigen Iranerin mit niederländischer Staatsangehörigkeit. Außerdem nehmen sie mit Entsetzen zur Kenntnis, dass die Zahl der Hinrichtungen im Jahr 2009 die höchste der letzten zehn Jahre war. Sie fordern die iranische Regierung auf, ein Moratorium in Bezug auf diese Hinrichtungen zu erlassen sowie die Hinrichtung von Minderjährigen unter 18 Jahren gänzlich abzuschaffen.

In Bezug auf die andauernde Weigerung des Iran, mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zusammenzuarbeiten, sind die Abgeordneten der Auffassung, "das zusätzliche Sanktionen die logische Schlussfolgerung geworden sind". Gleichzeitig wollen sie aber auch sicherstellen, dass die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton die Auswirkungen und die Wirksamkeit aller restriktiven Maßnahmen einer Einschätzung unterzieht. Sie weisen darauf hin, dass Sanktionen lediglich gegen bestimmte Beamte gerichtet sind, die auf einer schwarzen Liste verzeichnet sind, nicht aber gegen die gesamte Bevölkerung des Iran.

Debatte: Mittwoch, 9. März 2011

Abstimmung: Donnerstag, 10. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entschließungsentwurf über die Vorgehensweise der EU gegenüber dem Iran](#)
- [Pressemitteilung des Auswärtigen Ausschusses vom 01.02.2011](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Bastiaan Belder \(EFD, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Die Abgeordneten diskutieren Schwerpunkte des Parlamentshaushalts 2012

Die Abgeordneten werden am Dienstag den Parlamentshaushalt für 2012 erörtern und anschließend einen diesbezüglichen Entschließungsantrag verabschieden. Zu den vorrangigen Anliegen der Abgeordneten zählen erwartungsgemäß die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen legislativen Arbeit und die Verringerung der Umweltbelastungen durch das EP, wobei sich die Erhöhungen innerhalb der Inflationsrate halten sollen.

Der vom EVP-Abgeordneten José Manuel Fernandes (Portugal) vorbereitete Berichtsentwurf ist der erste Schritt des internen Haushaltsverfahrens. Das Parlament wird einen vom EP-Büro (EP-Präsident und Vize-Präsidenten) ausgearbeiteten detaillierten Vorschlag mit Angabe der genauen Beträge im April annehmen. Der Bericht über den gesamten EU-Haushalt, der von der Kommission verwaltet wird, wird von den Abgeordneten zu einem späteren Zeitpunkt angenommen werden.

Aussprache: Dienstag, 8. März 2011

Abstimmung: Dienstag, 8. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung für den Haushalt 2012 des EP und anderer Institutionen](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Haushaltsausschuss vom 3. März 2011](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters José Manuel FERNANDES \(EVP, PT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Feierliche Sitzung mit Ungarns Präsidenten Pál Schmitt

Aus Anlass des ungarischen Ratsvorsitzes wird sich der ungarische Staatspräsident Pál Schmitt am Mittwoch, den 9. März, in einer feierlichen Ansprache an die EU-Abgeordneten wenden.

Pál Schmitt gehörte als Mitglied der Fidesz-Partei (EVP) dem Europäischen Parlament an und war für kurze Zeit sogar EP-Vizepräsident, bevor er im August 2010 zum Präsidenten seines Landes gewählt wurde. Er war vormals Präsident des ungarischen Parlaments und olympischer Goldmedaillengewinner im Fechten.

Aussprache: Mittwoch, 9. März 2011 (12.00)

Verfahren: Feierliche Sitzung

Plenartagung

Parlament diskutiert wirtschaftspolitische Steuerungsmodelle mit EU-Kommissionspräsidenten

Am Dienstag wird das Parlament mit Kommissionspräsident Barroso über die Ausgestaltung des neuen Modells der wirtschaftspolitischen Steuerung diskutieren. Die Abgeordneten werden voraussichtlich unterstreichen, dass es eines Modells bedarf, das mit vorangegangenen Versuchen bricht, die an mangelnder Eigenverantwortung und fehlerhaften Strukturen, die den Ländern zu viel Verhandlungsspielraum gaben, scheiterten.

Die Abgeordneten werden wahrscheinlich auch vor möglichen negativen Überschneidungen von Plänen einiger Mitgliedstaaten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung (economic governance package) warnen.

Die Debatte findet drei Tage vor einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone in Brüssel statt. Bei diesem wird die Einsetzung eines ständigen Rettungsfonds diskutiert sowie versucht, die Positionen zu den nächsten Schritten einer wirtschaftspolitischen Steuerung abzusprechen.

Debatte: Dienstag, 7. März 2011

Verfahren: Debatte

Weitere Informationen:

- [Hintergrundinformationen zu den Bericht zum Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung](#)

Plenartagung

Innovative Finanzinstrumente zur Bewältigung von Finanzkrise und Klimaproblemen

Das Parlament wird am Montag Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen aus dem Finanzdienstleistungssektor und Abgaben auf CO2-Emissionen diskutieren. Steuerinstrumente dieser Art könnten auch Spekulation und Umweltverschmutzung eindämmen. Ein diesbezüglicher Entschließungsantrag wird am Dienstag zur Abstimmung gestellt.

Mit einer Finanztransaktionssteuer könnten in der EU rund 200 Mrd. Euro pro Jahr eingenommen und der spekulative Handel könnte weniger attraktiv werden, so die Abgeordneten in dem vom Wirtschaftsausschuss vorgelegten Entschließungsentwurf. In diesem fordern sie außerdem weitere Maßnahmen zur Verringerung von Steuerhinterziehung und -betrug und eine stärkere Integration des Verursacherprinzips in die Steuerpolitik, insbesondere im Hinblick auf CO2-Emissionen.

Debatte: Montag, 7. März 2011

Abstimmung: Dienstag, 8. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf vom 8. Februar 2011](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Anni PODIMATA \(S&D, EL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung

Eine ökoeffiziente und global wettbewerbsfähige wissensbasierte Industrie könnte Ausgangspunkt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa sein, so ein vom Industrieausschuss vorgelegter Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Donnerstag debattieren und abstimmen wird.

Bürokratie sollte abgebaut, kleinere Unternehmen gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit durch verbesserte Qualität gesteigert werden, so der von Bernd Lange (SPD) erarbeitete Bericht. Die EU wird aufgefordert, eine ehrgeizige, ökoeffiziente und umweltfreundliche Industriestrategie zu entwickeln, damit die Produktionskapazitäten EU-weit wieder aufgebaut und hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden.

Die Abgeordneten betonen, dass ein industriepolitischer Ansatz zu verfolgen ist, bei dem Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und menschenwürdige Arbeit miteinander verbunden werden und mit dem gleichzeitig die Wirtschaft angekurbelt, die Beschäftigung gefördert, die Umweltschäden verringert und die Lebensqualität der europäischen Bürger verbessert wird.

Eine Pressekonferenz des Berichterstatters ist geplant.

Debatte: Donnerstag, 10. März 2011

Abstimmung: Donnerstag, 10. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatters Bernd LANGE \(S&D, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

Plenartagung

Wirtschaftskrise könnte gesundheitliche Ungleichheiten vergrößern

Die Abgeordneten warnen davor, dass steigende Arbeitslosigkeit und Haushaltssparmaßnahmen die Ungleichheiten, die es im Gesundheitsbereich in Europa bereits gibt, noch verschärfen könnten. In einem Entschließungsantrag, über das das Parlament am Dienstag abstimmen wird, fordern sie Verbesserungen bei der Überwachung und der Vorbeugung von Krankheiten sowie ein spezielles Augenmerk auf Minderheiten und Bildungsmaßnahmen.

Zwischen Ländern und Regionen der EU gibt es immer noch größere Ungleichheiten. Beispielsweise variierte die Lebenserwartung von Männern bei der Geburt in den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2007 um 14,2 Jahre, und die entsprechende Zahl bei Frauen war 8,3 Jahre (Eurostat 2007 und 2010). Auch innerhalb der einzelnen Länder gibt es je nach Bildungsniveau und der sozialen Situationen sehr große Unterschiede.

Eine Pressekonferenz der Berichterstatterin ist geplant.

Debatte: Montag, 7. März 2011

Abstimmung: Dienstag, 8. März 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Edite ESTRELA \(S&D, PT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Eurostat, life expectancy \(EN\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

Plenartagung

Sicherung der Versorgung Europas mit Metallen der seltenen Erden

Die Abgeordneten werden die Kommission über die kritische Lage hinsichtlich der Versorgung der europäischen Industrie mit Metallen der seltenen Erden befragen. Diese Metalle sind unter anderem wichtig für Hightech-Anwendungen und der Schlüssel zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien. Derzeit hängt die EU-Industrie völlig von Einfuhren aus China ab, das Exportbeschränkungen angekündigt hat.

Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, konkrete Maßnahmen der EU vorzustellen, um zukünftige Lieferungen zu gewährleisten sowie Lagerung, alternative Quellen und Recycling sicherzustellen.

Mit 97% der Weltproduktion an seltenen Metallen und 36% der weltweit bekannten Reserven beherrscht China zur Zeit diesen Markt. Laut Informationen der Abgeordneten hat China bereits einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil bei der Raffination von Seltenerd-Erzen und der Herstellung von Legierungen und Endprodukten erzielt, während der Industrie der EU sowohl der Zugang zu diesen Rohstoffen als auch das industrielle und wissenschaftliche Know-how für deren Verarbeitung fehlt. Außerdem hat China im Zuge des weltweiten Anstiegs der Nachfrage nach Metallen der seltenen Erden bereits erhebliche Ausfuhrbeschränkungen angekündigt.

Eine Pressekonferenz ist geplant.

Debatte: Donnerstag, 10. März 2011

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission

Weitere Informationen:

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

Plenartagung

Eine regionale Strategie für den Atlantikraum

Bis spätestens Juni dieses Jahres muss die Kommission eine EU-Strategie für den Atlantik vorlegen, die auf den Erkenntnissen aus der im Oktober 2010 abgeschlossenen öffentlichen Befragung fußt. Vor allem Abgeordnete aus den betroffenen Regionen wollen Auskunft über die Ergebnisse der Konsultation und die weiteren Pläne der Kommission sowie ihre eigenen vorrangigen Anliegen zur Debatte stellen.

Die Atlantikstrategie könnte in erster Linie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Küstenregionen in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Meeresaufsicht fördern. Vergleichbare Konzepte gibt es bereits für den Ostsee- bzw. Mittelmeerraum sowie für die arktische Region.

Aussprache: Montag, 7. März 2011

Abstimmung: Dienstag, 8. März 2011

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission (mit EntschlieÙung)

Weitere Informationen:

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)
- [EntschlieÙungsentwurf über eine EU-Strategie für die Atlantik-Region](#)
- [Commission non-paper on the EU and the Atlantic Ocean](#)

Plenartagung

Österreichischer Kandidat für den Rechnungshof

Nach seiner Anhörung durch den Haushaltskontrollausschuss am 3. März ist das Parlament aufgerufen, die Ernennung von Harald Wögerbauer zum Mitglied des Europäischen Rechnungshofs zu bestätigen.

Harald Wögerbauer wurde von der österreichischen Bundesregierung als Nachfolger von Hubert Weber nominiert, der sein Amt im Rechnungshof nach 15 Jahren niedergelegt hat. Mitglieder des Rechnungshofes werden für 6 Jahre bestellt.

Abstimmung: Dienstag, 8. März 2011

Verfahren: Konsultation

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zur Ernennung von Harald Wögerbauer](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstellerin Inés AYALA SENDER \(S&D, ES\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

- Übereinkommensgebiet der GFCM (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer)
 - Bericht: Crescenzo Rivellini
- Allgemeine Produktsicherheit und Marktüberwachung
 - Bericht: Christel Schaldemose
- Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich
 - Bericht: Eva Joly
- Möglichkeit der Nutzung von Gas aus alternativen Ressourcen in Europa - -Erklärung der Kommission
- Abstimmung über die Parlamentskalender 2012 und 2013
- Vorbeugung von natürlichen und durch Menschen verursachte Katastrophen
 - mündliche Anfrage an die Kommission
- Vulkanaschekrise
 - mündliche Anfrage an die Kommission
- Achtung der nationalen Lohn und Vorruhestandsmechanismen
 - mündliche Anfrage an die Kommission
- Medienrecht in Ungarn
 - Entschließung
- Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit :
 - Pakistan: Ermordung von Shahbaz Bhatti - Minister für Minderheiten
 - Belarus, insbesondere die Fälle von Ales Michalevic und Natalia Radin
 - Lage und kulturelles Erbe in Kashgar (Autonome Region Xinjiang Uighur, China)